

„Berliner Tageblatt“
und Handels-Zeitung erscheint wöchentlich zweimal, Sonntags einmal.
Gründungs-Verleger: „Berliner Tageblatt“, jeden Montag „Berliner“, jeden
Dienstag „Berliner“, jeden Freitag das illustrierte „Berliner“,
jeden Samstag „Berliner“, jeden Sonntag „Berliner“.



Postamt Nr. 10
Kasseler-Platz 10
Telefon Nr. 10
Kasseler-Platz 10
Telefon Nr. 10

Berliner Tageblatt

Nr. 634
37. Jahrgang

und Handels-Zeitung.

Sonntag
13. Dezember 1908

Hierzu die illustrierte Halbwochen-Chronik
„Der Welt-Spiegel“ Nr. 100.

Politische Wochenschau.

Von
Paul Micholais.

Der Reichstag ist am Freitag in die Weihnachtsferien
gegangen, nachdem er sich eine Woche lang mit dem Etat
beschäftigt hatte. Wie es bei Staatsdebatten üblich ist, so
wurden auch diesmal alle möglichen Fragen und Probleme
vorkert. Die Besprechung unserer Beziehungen zum Aus-
lande nahm sogar einen erheblich breiteren Raum ein als in
früheren Jahren. Das hing mit dem allgemeinen Unwillen
über die persönliche Politik mit ihrer Sprunghaftigkeit und
jüngstigen unerfreulichen Begleiterscheinungen zusammen. Wer
sich plötzlich durch seine allzu große Vertrauensseligkeit an
einen Abgrund geführt sieht, der wird versuchen, ähnliche
Gefahren für die Zukunft auszuschalten und den Abgrund
des Absolutismus durch ein konstitutionelles Geländer zu
sichern. Nur hat man noch nicht auf allen Seiten des
Reichstages sich klar gemacht, worauf es gerade bei der
Erörterung auswärtiger Angelegenheiten ankommt.

Besonders fehlte es der sehr umfangreichen Rede des
Abgeordneten Wasseremann, die sich so ziemlich
über sämtliche auswärtigen Fragen erging, an einem
festen Programm. Herr Wasseremann zeigte, daß er die
Zeiträume sehr fleißig studiert hatte, aber er ließ nicht immer
erkennen, daß er sich ein eigenes Urteil gebildet habe. Man
wünschte es ihm allerdings an, daß er zwar fleißig, um sich vom
Reichstanzler belehren zu lassen. In dieser Beziehung, war die
Rede des Abgeordneten Wasseremann auf einen anderen Ton
gestimmt. Sie ließ wenigstens an einzelnen Punkten durchblicken,
daß man innerhalb des Liberalismus mit der offiziellen
Politik des Deutschen Reiches nicht zufrieden ist, und daß
man besonders ihre Lücken und rechnerische
Methoden verwirft. Auch Zentrum und Sozialdemokratie
beteiligten sich an der Besprechung der auswärtigen Politik.
Wenn auch mancher Einwand nicht ohne weiteres als zu-
treffend erachtet werden kann, so ließ doch die ganze Debatte
erkennen, daß sich der Reichstag wenigstens bemüht zeigt,
sich auch in die auswärtigen Fragen mehr als bisher einzu-
arbeiten.

Fürst Bülow machte sich allerdings seine Antwort,
die er auf die Fragen aus dem Hause erteilte, ziemlich leicht.
Er wußte in seiner Rede vom Montag jeder Situation eine
erfreuliche Seite abzugewinnen. Ob es sich nun um die
Vordänge im Norden oder im fernem Osten handelte, überall
ist es uns gut bestellt. Das Kommen zwischen Amerika
und Japan aber den Willen gegen sich, durch das im
fernen Osten zugrunde liegen, so sagt Fürst Bülow, wobei
er nur zu erwidern vergibt, daß wir diese Prinzipien nicht
immer folgerichtig vertreten haben. Auch die Achtung und
Sympathie, die wir nach der Verankerung des Reichstanzlers
der Verfassungsbewegung in der Türkei entgegenbringen, ist
erst etwas spät zum Ausdruck gekommen. Wenn die
politische Lage für uns nicht gerade angenehm ist, wenn
auch Fürst Bülow den Gegensatz zwischen Österreich und
Italien nicht in Abrede stellen kann, so hat er wenigstens die
Verpflichtung, daß sich der Gegenstand wieder ausgleichen wird.
Und bei der Erörterung der Balkanfrage hält sich der
Reichstanzler gar in das Gewand der Apathie, indem er, für
alle Möglichkeiten geküßelt, erklärt, daß die Konferenz ein
starkes Berufigungs- oder Erregungsmittel sein könnte.

Der einzige feste Punkt in der Erörterung des Reichstages
ist die bestimmte Erklärung des Reichstanzlers, daß wir an der
Treu zu dem uns verbündeten Österreich
festhalten. In dieser Beziehung wird man im Volke den
Reichstanzler ganz gewiß bestimmen, nur wird man deshalb
doch die Frage aufwerfen dürfen, ob auch die österreichische
Politik auf unsere Interessen die erforderliche Rücksicht
genommen hat. Denn die Initiative des Baron v. Khevenhuller
hat leider dazu beigetragen, das Band, das Italien mit
Österreich-Ungarn verbindet, zu lockern. Wenn wir uns
auch nicht bei den eigentlichen Orientfragen in eine führende
Rolle bringen zu lassen brauchen, so haben wir allerdings
das denkbar stärkste Interesse daran, den Dreieck nicht
auseinanderfallen zu lassen. Glücklichweise scheint sich ja in
den letzten Tagen die Lage am Balkan, die sich schon be-
denklich verwickelt hatte, wieder etwas zu klären. Aber viel-
leicht spricht dabei die Jahreszeit mehr mit als die diploma-
tische Kunst. Jedenfalls sollte die Erlebung des Balkan-
problems nicht auf die lange Bank geschoben werden, da mit
der steigenden Sonne auch die Abenteuerlust der Balkan-
völker wieder wachsen dürfte.

Als besonders erfreulich darf es bezeichnet werden, daß
Fürst Bülow von manchen Verdrüssenspunkten
sprach, die sich bei der Entwicklung der orientalischen Frage
zwischen der deutschen und der französischen
Politik herausgestellt hätten. Hier bietet sich wenigstens
eine schwache Anbahnung für die Befestigung der Spannung
zwischen Deutschland und Frankreich, die freilich erst noch
durch entsprechende Taten greifbar gemacht werden muß.

Um so bedauerlicher ist es, daß der freimüthige Abgeordnete
Wahlhorn durch seine unbedingte Rede gegen die
marxistische Politik der französischen Regierung den Ver-
ständigungsversuchen zwischen Frankreich und dem Deutschen
Reich Schwierigkeiten bereitet.

Wenn der letzte Grund für unsere nicht ungefähliche
Situation wie für unsere finanziellen Kalamitäten in dem
Wettrüsten mit England gesucht werden muß, so
ist leider nach der zweiten Rede des Reichstanzlers vom
Donnerstag nicht daran zu denken, daß sich auf diesem Ge-
biet in absehbarer Zeit etwas ändern wird. Die Ab-
rüstung war von liberalen Rednern, wenn auch in sehr
vorbehaltlicher Form, wiederholt aufs Tapet gebracht worden,
aber Fürst Bülow stellte sich ihr fast völlig ablehnend gegen-
über. Er gab allerdings zu, daß es sich dabei um eine sehr
wichtigen Sache handle, aber er machte so
viele Gründe gegen die Durchführbarkeit einer Abrüstung
geltend, daß man für absehbare Zeit kaum auf einen
praktischen Erfolg des Abrüstungsgebanges wird rechnen
können. Das ist bedauerlich, da es in Fragen
der Kultur kein „Unmöglich“ geben sollte. Jedenfalls darf
sich die Reichsregierung nicht darüber täuschen, daß die öffent-
liche Meinung sich bei uns mehr und mehr von den ideo-
logischen Plänen und Projekten abgewandt hat und
immer bestimmter eine Beschränkung auf das für unsere
nationale Existenz Notwendige fordert. Bis zu einem ge-
wissen Grade gab ja auch Fürst Bülow dieser Stimmung
nach, insofern er mit einer deutlichen Spitze gegen den
Flottenverein und seine neuen Forderungen erklärte, daß wir
in unserem Schiffsbau nicht über das gesetzlich fest-
gelegte hinausgehen wollen. Dieses Festhalten an den
gesetzlichen Grundlagen unseres Rüstungsprogramms dürfte
inmitten in England nicht ohne Wirkung bleiben. Da es
erkennen läßt, daß wir nicht ernstlich daran denken, uns ihm
in der Flottenrüstung konkurrenz zu stellen.

Schon bei diesen Fragen werden ja die unangenehmsten
Schwierigkeiten des Reiches ihren Schauplatz auf die Reichs-
politik. Es konnte nicht ausbleiben, daß auch sonst die Not-
wendigkeit einer sparsamen Wirtschaft in den Vorder-
grund der Erörterungen gerückt wurde. Wenn das Reich
erlaubt sparen will, dann kann es nur bei den Ausgaben
für Heer und Flotte geschehen. Gerade diese beiden Gebiete
haben sich bisher der Kontrolle des Reichstages allzusehr
entzogen. Man wird diesmal hoffentlich ernst mit dem
Budgetrecht des Reichstages machen, indem man jede
Forderung verweigert, die nicht durch die Rücksicht auf die
Schlagfertigkeit unserer Armee und Flotte geboten ist.

Zweifellos liegt im Budgetrecht des Reichstages, wenn es
richtig gehandhabt wird, die stärkste Waffe, eine Waffe
nicht dazu, die nicht an der Hand hängt, sondern
tatsächlich gebraucht werden muß und schon deshalb nicht ein-
zuwickeln wird. Aber daneben hat sich doch die Notwendigkeit
der Schaffung verfassungsmäßiger Garantien
als so unumgänglich herausgestellt, daß man annehmen
sollte, der Reichstag werde mit aller zutreffenden Beschleunigung
erst einmal die erforderlichen Befehle zur Umgestaltung der
Verfassung und zur Umgestaltung seiner Geschäftsordnung
durchgehen, die während der Verfassungsdebatte ausgiebig
erörtert worden sind. Trotzdem hatte die verfassungsmäßige
Geschäftsordnungskommission des Reichstages nicht die geringste
Eile. Sie trat nur zusammen, um sich wieder bis zum
15. Januar zu betragen. Eine solche Verzögerung in einer
so wichtigen Sache, liegt ganz nach Verfassung und
Gesetz.

Wie wir an manchen anderen Punkten sahen, scheinen sich die
liberalen Parteien allzusehr von Rücksichten auf die
Wahlbrüder der rechten Seite des Hauses bestimmen zu
lassen. Ihnen würde es offenbar die Interpellation über
das Verlangen gegen Erhöhung im preussischen Abgeordneten-
haus unangelegen, ihnen würde hat man auch noch immer
nicht die Frage der Wahlreform in Preußen unterworfen,
und ebenso hat man bei der Staatsberatung im Reichstage
den Versuch gemacht, die Klagen über die Handhabung
des Reichsverfassungsgesetzes als unbedeutend ab-
zuweisen. Nun wollen wir Herrn v. Bethmann-Hollweg gern
zugeben, daß er selbst den besten Willen hat, die Reichsge-
setze loyal zu handhaben, aber es läßt sich nicht bestreiten, daß die
untergeordneten Organe der preussischen Politik sich an das
Verfassungsgesetz bisher noch nicht gewöhnt haben, und es
läßt sich auch der Zweifel nicht unterdrücken, daß dabei
zum Teil böser Wille im Spiel ist. Jedenfalls sollte man
meinen, daß jetzt die Zeit des Lieberwegens vorbei ist und
daß die Einzelregierungen genügend Zeit gehabt haben, sich
mit den neuen Bestimmungen über Vereine und Versammlungen
abzufinden. Eine weitere Zurückhaltung gegenüber
großen Versäumnissen auf dem Gebiet des Verfassungsgesetzes
müßte als eine bedauerliche Schwäche der liberalen Parteien
ausgelegt werden.

In Gedanken hört die Gemüthsheit auf, daß hat jetzt
die Steuerkommission des Reichstages von neuem bestätigt,
indem sie mit der Begünstigung der Einzel-
staaten bei der Vorlage der Finanzreform scharf ins Ge-
sicht gibt. Sie hat zwar noch nicht rundweg die Bejahung
der gestundeten Matrizenbeiträge durch das Reich
abgelehnt, aber sie hat doch wenigstens erst einmal die
144 Millionen, die der Bundeshaushalt erwachsen werden
sollten, von der Bedarfsberechnung abgesetzt und auf diese

Weise auch den Bedarf für die nächsten fünf Jahre selbst
vermindert. Hier ist ein erster Schritt gethan, um die
Finanzreform, die ja in ihrer ursprünglichen Gestalt für den
Liberalismus völlig unannehmbar ist, entsprechend umzuge-
stalten. Es wird freilich noch mancher weiteren Korrekturen
bedürfen, um aus der Evidenzvollen Vorlage etwas Brauch-
bares zu machen, und es wird auch dann noch von der
Durchführung der verfassungsmäßigen Garantien im Reich
und von der Durchführung der Wahlreform in Preußen ab-
hängen, ob der ersichtliche Liberalismus der umgestalteten
Finanzreform zustimmen kann.

Oesterreich-Ungarn und die Pforte.

Die Wiederaufnahme der direkten Verhandlungen.
(Telegramm unseres Korrespondenten.)

Wien, 12. Dezember.
Der Vizekönig in Konstantinopel, Marschal Pallavicini er-
scheint heute, wie angefangen, einen Erlaß des Ministers v. Khevenhuller
in dem er mit der Wiederaufnahme der Verhandlungen mit
der Pforte betraut und angewiesen wird, in dieser Angelegen-
heit bei der türkischen Regierung Schritte zu unternehmen.
Die Wiederaufnahme der Verhandlungen wird hier mit offiziellen
türkischen Magnaten gegen den Botschaft, ferner mit
offiziellen englischen Erklärungen motiviert, wonach
die Verhandlungen Oesterreichs nicht mehr geführt, ja viel-
mehr gefördert werden sollen und der englische Bot-
schafter in Konstantinopel Schritte in diesem Sinne er-
halten soll. Die Pforte stellt sich dem Beginn der Verhandlungen
weiteren Maßnahmen entgegen, aber die Pforte ist in Konstantinopel
von der Erfüllung dieses Begehrens, welche der günstige Fortgang
der Verhandlungen abhängt, abgesehen von der Regierung
kommunikations, der Pforte aber der Pforte auch zur Kenntnis
gebracht, daß sie bei der Verhandlung über alle Schiedsgerichte
offiziell, waren durch behördliche Vorüberlegung
oder Indolenz veranlaßt worden.

Gegenüber den Meinungen von der Einberufung österreichischer
und ungarischer Staatsangehöriger aus dem oberösterreichischen
Industriebezirk wird der „Fr. Presse“ von informierter
Seite erklärt, daß bisher kein einseitiger
Bescheid wieder im Inlande noch im Auslande einberufen
worden ist. Es könne höchstens der Fall vorkommen, daß
einzelne Reservisten aus Jahresruhe einberufen werden, die
schon zu Anfang des Jahres zu einer Waffenübung hätten einrücken
sollen, aber Aufschub bewilligt erzielten.

Aus Belgrad wird gemeldet: Der serbische Abgeordnete Ober-
steuermann Mihailović hat in Belgrad eine Erklärung über die
Wahlreform abgegeben, die von der Staatsduma bewilligt. Mihailović
hat sich von 100 Millionen an. Hohe Mächtigkeiten und Beamte
sollen kompromittiert sein.

Konstantinopel, 12. Dezember. (Privat-Telegramm.)

Der „Schurci Nemmet“ bringt heute einen maßvollen,
sachlichen Artikel unter der Überschrift „Mein Verrat,
sondern ein Dienst“, der an Deutschland gerichtet
ist und dessen Vermittlung in der Woytschfrage
angeht. Der augenblickliche Stand dieser Frage ist günstig, da hinter
den Kulissen eifrig an einer Verständigung gearbeitet wird.
Der morgige Ministerrat dürfte wichtige Beschlüsse bringen.

Sophismen der Panlawisten.

(Telegramm unseres Korrespondenten.)

Petersburg, 12. Dezember.
Die „Nowoje Wremja“ bezeichnet nicht ohne Seitenhieb für
Minister Rasnitsin die neue Phase in der österreichischen Politik, die
mit dem Eintreffen der letzten Note Österreichs einsetzt. „Rational-
ität“, schreibt sie, halten es die russischen Diplomaten in ihrer
bekanntesten Anzucht für ihre Pflicht, den Inhalt der Note der
Österreichlichkeit gegenüber zu verheimlichen. Doch hat sich Österreich
daran loyaler erweisen und den Inhalt der Note bekannt gegeben.
Österreich erklärt sich bereit, die Annexionsfrage einer pro-
visorischen Beratung zu unterziehen, doch wünscht es, daß
diese Unterhandlungen mit jeder Nacht einzeln durch Noten-
wechsel vor sich gehen. Wir halten diesen Vorschlag für einen
Fehler, weil die Verhandlungen dadurch ganz unklar
verfälscht werden müssen. Solche Geheimverhandlungen
ziehen sich durch viele Monate hin. Hierin wäre eine
Veränderung erwünscht. Das Schicksal der Politik
der österreichischen Abenteuerer ist auf die Initiative
der russischen Presse und der russischen öffentlichen
Meinung zurückzuführen. Der Erfolg des neuen Vor-
schlages hängt von seiner Anständigkeit ab. Österreich
hat ganz vergeblich auf die ungenügende Anständigkeit der
russischen öffentlichen Diplomatie gerechnet. Die russische Politik
kann nur unter der Bedingung auf einen dauernden Erfolg
rechnen, wenn die russische öffentliche Meinung auf ihre Stelle tritt.
Die Zeiten des politischen Plauderens in den diplomatischen
Kabinetten sind vorbei; die Zeit der Volkspolitik ist herbeigebrochen.
(Die Sophisterei der „Nowoje Wremja“ wird niemandem darüber hin-
wegzusehen, daß die Annahme des neuesten österreichischen Vorschlages
vor allem ein „Schritt der Politik“ der panlawistischen
„Adventurer“ bedeutet. Die Red.)